



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/141

14. Oktober 1949

Endkampf zwischen Vernunft und Unsinn

Von Professor Dr. Fritz Baade, Kiel

Vor knapp 20 Monaten befürwortete der damalige Höchstkommandierende der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, General Clay, vor dem US-Repräsentantenhaus, das Demontageprogramm in vollem Umfange durchzuführen einschliesslich der 150 Betriebe, die inzwischen gerettet worden waren. Die auf der Demontageliste stehenden Betriebe, so argumentierte er, seien für die deutsche Wirtschaft "überflüssig" und die Deutschen seien "aus Mangel an Nahrungsmitteln, Kohle und Rohstoffen" sowieso nicht imstande, sie zu betreiben.

Der jetzige Hohe Kommissar aus den Vereinigten Staaten, McCloy, hat schon 1945 (damals war er Staatssekretär im Kriegsministerium) etwas sehr Entscheidendes und Dankenswertes gegen die zerstörerische Morgenthau-Politik getan. Einer von ihm verfassten Denkschrift war es weitgehend mit zuzuschreiben, dass die im ursprünglichen Morgenthau-Plan zu zerstörenden deutschen Kohlenbergwerke gerettet wurden.

Jetzt hat er in einem Interview die Einstellung der "ziellosten Demontage deutscher Fabriken im Ruhrgebiet" gefordert. Zwar hat er nachträglich das Interview abgeschwächt, aber die Argumente, die er im ersten Gespräch gebraucht hat, konnte er nicht aus der Welt

schaffen, denn er hat sich fast wörtlich der Argumente und sogar der Formulierungen bedient, die die Gegner der Demontagepolitik

in den USA seit Jahren benutzen. Im Vorwort zu der Schrift "Zerstörung auf unsere Kosten", die ich in USA gemeinsam mit Christopher

Emmet veröffentlicht habe, schrieb Ex-Präsident Hoover: "Die Entfernung und Zerstörung von Werken (ausgenommen Waffenfabriken)

sollte eingestellt werden... Wir können Deutschland wirtschaftlich in Ketten halten, aber damit halten wir Europa in Lumpen... Durch

die Demontagepolitik werden die Steuern in Amerika hochgehalten, indem die Amerikaner unnötigerweise eine Mrd. Dollar jährlich

ausgeben, um die Millionen von arbeitslosen Deutschen am Leben zu halten".

Dass die Vernunft sich so erfolgreich durchsetzen konnte, dankt das deutsche Volk und mit ihm Europa - neben McCloy - unzähligen, teils bekannten, teils unbekanntem Helfern. Zu den bekanntesten gehören in USA Männer des rechten Flügels der Republikaner, wie Präsident Hoover oder die Senatoren Taft und Styles Bridges, ebenso gut wie Führer der gewerkschaftlich organisierten amerikanischen Arbeiterschaft, wie William Green und Walter Reuther. Gerade in diesen Tagen wurde ein von 43 Senatoren unterschriebener Brief an den amerikanischen Außenminister Dean Acheson veröffentlicht, der die sofortige Einstellung der Demontage forderte. Ebenfalls vor wenigen Tagen wurde von der gemeinsamen Kommission des Senats und des Repräsentantenhauses, die die Bewilligung der zweiten Jahresrate der Marshallplangelder endgültig zu formulieren hatte, Herrn Hoffman zwecks erneuter Nachprüfung der Demontageliste ein besonderer Etatposten bewilligt.

Im Zusammenhang mit seiner Erklärung gegen die Demontagen hat McCloy ausdrücklich hervorgehoben, dass eine Einstellung der Demontagen nur möglich sei, wenn seitens Deutschlands ein vernünftiger Gegenvorschlag auf dem Gebiet der Sicherheit und der Reparationen gemacht werde. Die Gegenvorschläge auf dem Gebiet der Sicherheit dürften nicht schwer zu formulieren sein. Alle verantwortlichen Politiker in Deutschland sind sich längst darüber einig, dass Deutschland bereit ist, sich jeder Kontrolle zu unterziehen und jede Garantie gegen eine illegale Bewaffnung und Rüstungsproduktion zu geben.

Die Ausserung von McCloy, dass die Reparationsleistung durch Demontagen durch "Reparation aus der Produktion der Rührindustrie" ersetzt werden soll, ist teilweise so verstanden worden, dass Deutschland "Reparationen aus laufender Produktion" leisten solle. Das kann bestimmt nicht der Vorschlag von McCloy sein, denn es ist gerade die oberste These der amerikanischen Politik, die insbesondere gegenüber Russland mit allem Nachdruck immer vertreten worden ist, dass Deutschland Reparationen aus laufender Produktion nicht leisten kann und darf, weil Amerika das Defizit in Westdeutschland deckt und die Reparationen daher in Wirklichkeit von den Amerikanern bezahlt werden würden.

Die Generalthese der amerikanischen Reparationspolitik - und

diesem Standpunkt hat sich auch England immer angeschlossen - heisst, dass Deutschland Reparationen bezahlen soll durch Übertragung von Industrieanlagen. In diesem Sinne wurde die Demontageliste aufgestellt. Deutschland hat Reparationen dieser Art in sehr grossem Umfange geleistet. Mindestens 500 Betriebe wurden demontiert und den Reparationsgläubigern überwiegend zugeschickt (ob sie dort aufgestellt worden sind, ist eine andere Sache).

Bezüglich der heute noch auf der Demontageliste stehenden Objekte ist soviel klar, dass sie

1. in der deutschen Wirtschaft nicht entbehrt werden können und dass sie (wie Stahlwerke, Hochöfen oder synthetische chemische Fabriken)
2. aus technischen Gründen ungeeignet sind, in einem Lande abgerissen, verpackt, verschickt und in einem anderen Lande wieder aufgestellt zu werden.

Der Ersatz der Reparationsleistung auf dem Wege der Demontage durch "Reparationen aus der Produktion der Ruhrindustrie" kann sinnvollerweise nur darin bestehen, dass Deutschland etwa in dem Wert, den die auf der Demontageliste stehenden Betriebsteile nach ihrer Demontage für den Reparationsempfänger haben würden, andere neu zu erstellende Anlagen zur Verfügung stellt, die nicht erst demontiert zu werden brauchen und die sich technisch für den Versand in andere Länder eignen. Dies scheint geplant zu sein, und das ist eine für beide Teile vermünftige Lösung. Das Grundprinzip, "keine Reparationen aus laufender Produktion", wird nicht durchbrochen. Solche Austauschaktionen hat es auch bisher auf deutschen Vorschlag schon vereinzelt gegeben. Die unsinnigen Demontagekosten, die ein Vielfaches des Restwertes betragen, werden erspart, das Empfängerland erhält statt verrosteter, beschädigter und veralteter Anlagen neue Ausrüstungsgegenstände. Und, was vielleicht das Wichtigste ist, das deutsche Volk beweist, dass es ihm mit dem Willen, wiedergutzumachen, ernst ist, indem es im Rahmen seiner sehr beschränkten Kräfte den Reparationsgläubigerländern Dinge liefert, die sie wirklich brauchen können.

* * *

Von Grotewohl bis Eisler

Dr.K. Die Überraschung der ostzonalen Ministerliste ist in dem Namen Walter Ulbricht zu sehen. Ulbricht, der "deutsche Lenin" -

zweifelloos noch immer der fähigste Kopf des sowjetdeutschen Politbüros - ist nun plötzlich als erster stellvertretender Minister-

präsident aus der Versenkung aufgetaucht, in der er während der letzten Auseinandersetzungen verschwunden war. Seine Nominierung beweist,

dass man in Moskau und Karlshorst von vornherein jedes politische Risiko ausschliessen will. Die Führer der Ostzonen-CDU und -LDP, die

ihre Anhänger um das Wahlrecht betrogen haben, verlieren auch den Kaufpreis dafür; sie sind in der Regierung durch Ulbricht weitgehend kaltgestellt.

Schon eine flüchtige Betrachtung der Grotewohlschen Regierung verstärkt diesen Eindruck. Grotewohl hat in den letzten Jahren ge-

lernt, sich zu fügen. Ursprünglich versuchte der frühere Sozialdemokrat, einen "deutschen Weg zum Sozialismus" zu finden. Als aber

der Krenl befahl, fügte sich Grotewohl. Das gilt auch für seinen Stellvertreter Ulbricht, dem die Aufgabe obliegt, als Befehlsempfänger

die ständige Verbindung mit den Sowjets zu unterhalten. Sein Fanatismus wird jeden bes-eitigen, den Moskau zu beseitigen wünscht.

Der stellvertretende Ministerpräsident Professor Kastner (LDP) stellt den ausgeprägten Typ des Opportunisten dar. Dieser individual-

len Veranlagung ist kürzlich in Moskau von Stalin persönlich nachgeholfen worden. Vielen CDU-Anhängern tut es leid, Otto Nuschke in

dieser Gesellschaft zu sehen. Nuschke galt bis zum 20. Dezember 1947 als Demokrat. Als es aber um das Ja oder Nein zum Volkskongress

ging, gab er dem Drängen Fiecks nach. Er versucht seitdem vergeblich, aus seinem damaligen Versagen eine politische Konzeption zu machen.

"Aussenminister" Dertinger hat anscheinend nicht begriffen, dass er nur Chef eines Titularministeriums wurde, um als bürgerlicher

Politiker die Oder-Neisse-Grenze anzuerkennen. Der frühere mecklenburgische Kommunist Goldenbaum, der Führer der Demokratischen

Bauernpartei, nimmt als kommunistischer Führer einer nach aussen nicht-kommunistischen Partei in einem Ministersessel Platz.

Diesen bürgerlichen Ministern unterstehen Staatssekretäre, die als Vertreter der SED genau wissen, was sie wollen. Heinrich Rau

wird als Planungsminister weiter die Sowjetisierung der Ostzone forcieren. Er wird dabei durch die Kommunisten Selbmann (Industrieminister) und Handke (Minister für Aussenhandel und Materialversorgung) tatkräftig unterstützt werden. Max Fechner bietet die nötige Gewähr dafür, dass es in Kürze in der Ostzone nur noch Volksrichter und Volksstuzsanwälte geben wird. Paul Wandel wird als Minister für Volksbildung die geistige Sowjetisierung vorantreiben und Innenminister Steinhoff wird in Kürze den Ländern, Kreisen und Gemeinden die letzten Reste ihrer Selbstverwaltung genommen haben. Was der Verwaltungsfachmann, Professor Reingruber, als Parteiloser in dieser Regierung zu suchen hat, bleibt unergründlich.

Schliesslich muss noch festgestellt werden, dass die eigentlichen Säulen des neuen Sowjetprotektorates es vorzogen, im Dunkeln zu bleiben. Das gilt für den früheren brandenburgischen Innenminister Bechler, der die hundertprozentige Militarisierung der Volkspolizei durchführen wird, für den kommenden Staatssekretär Kurt Fischer, der alle politischen Machtfaktoren in der Verwaltung des Innern konzentriert und schliesslich auch für den neuerdings aus Amerika zugewanderten Propagandisten Kurt Eisler, der die Nachfolge Goebbels antritt.

* * *

England wählt im Frühjahr

sp. Um den Spekulationen über den Termin der Wahlen und den daraus resultierenden Spannungen ein Ende zu machen, hat Premierminister Attlee bekanntgegeben, dass die Wahlen in Grossbritannien erst nächstes Jahr stattfinden werden. Formell lag die Entscheidung ausschliesslich beim Premierminister, der den König über die Auflösung des Parlaments zu beraten hat. Attlee hat das englische Kabinett einberufen, nachdem Aussenminister Bevin aus New York zurückgekehrt war und dadurch die Position derer gestärkt hatte, die gegen eine Wahl noch im Herbst dieses Jahres eintraten. Innerhalb des Kabinetts traten für Sofortwahlen hauptsächlich Stafford Cripps und Gesundheitsminister Aneurin Bevan ein.

Die Entscheidung wird der Regierung nicht leicht gefallen sein.

Von zwei ganz verschiedenen Seiten wurde sie bestürmt, die im nächsten Jahr fälligen Wahlen schon jetzt durchzuführen. Diese Forderung wurde einerseits von Churchill und der Konservativen Partei erhoben und andererseits von der einflussreichen Gruppe innerhalb der Labour Party, die sich um die Zeitschrift "Tribune" schart. Zu ihr gehören vor allem die Abgeordneten Michael Foot und Jenny Lee, die Frau des Gesundheitsministers A. Bevan.

Die Konservativen hoffen, mit einer baldigen Wahl den Schock der Pfundabwertung ausnutzen zu können. Einen Wahlsieg würden sie vor allem dazu nutzen, die noch ausstehende und für diese Parlamentsperiode noch vorgesehene Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie zu verhindern.

Die Labour-Leute, die eine Wahl im November befürwortet haben, glauben, dass die Position der Regierung jetzt stärker ist als sie im Frühjahr sein werde. Noch machen sich die Auswirkungen der Pfundabwertung nicht sonderlich bemerkbar. Die Konservativen wollen die Wirtschaftskrise durch Beschneidung der sozialen Ausgaben lösen. Die Labour Party dagegen wünscht eine wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Vollbeschäftigung und Ausbau der sozialen Errungenschaften, um so eine reale Basis für die notwendige Erhöhung des Exports erreichen zu können.

Dass der Vorstand der Labour Party schon vor diesen Besprechungen mit einer Wahl im Frühjahr gerechnet hat, konnte man einer Verlautbarung der Partei in der vorigen Woche entnehmen. Darin wurde mitgeteilt, dass die Labour Party ihre Jahreskonferenz nicht wie üblich zu Pfingsten, sondern erst im Herbst 1950 (2.-6. Oktober) abhalten wird. Der jetzige Vorsitzende, Sam Watson, wird daher bis zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz weiterführen. Ebenso wurde bekanntgegeben, dass die Labour Party ihr 50-jähriges Bestehen am 3. und 4. Februar 1950 feierlich begehen wird. Diese Feierlichkeiten stellen ohne Zweifel einen günstigen Start für den Wahlkampf dar.

Inzwischen sind schon jetzt 250 hauptamtliche Sekretäre der Labour Party mit den Wahlvorbereitungen beschäftigt und die ganze Parteiorganisation wird für die kommende Auseinandersetzung geschult.

* * *

H.i.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt